

Ausgabenpolitik: Schnellschüsse kommen für die FBP nicht infrage

Postulat Die FBP plädiert für ein strukturiertes Vorgehen beim künftigen Geldsegen in wiederkehrende Ausgaben: Warum die Sache nicht so angehen, wie es auch bei der Sanierung des Staatshaushaltes erfolgreich war, nur eben umgekehrt?



Informierten über den Vorstoss, von links: Der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler, Parteipräsident Marcus Vogt und Fraktionssprecher Daniel Oehry. (Fotos: Paul Trummer)

VON HANNES MATT

Bei der Bürgerpartei ist man sich einig: Aufgrund der jetzigen Situation des Landes hat sich auch der finanzielle Spielraum verbessert, wie Parteipräsident Marcus Vogt, Fraktionssprecher Daniel Oehry und der Abgeordnete Elfried Hasler bei der gestrigen Pressekonferenz zur Vorstellung des neuesten FBP-Vorstosses einstimmig verkündeten. So soll auch für wiederkehrende Ausgabenerhöhungen und Einnahmensenkungen wieder Geld in die Hand genommen werden dürfen. Dagegen hatte sich die FBP in der Vergangenheit immer wieder gesträubt. Dies mit der Argumentation, dass die Zeit dafür noch nicht reif sei und man Vorsicht walten lassen müsse. Die staatlichen Gewinne haben nämlich noch nicht die Deutlichkeit aufwiesen, wie es im 2018 der Fall gewesen war. Hier sei mit 61 Millionen Franken erstmals ein wirklich klares Ergebnis erzielt worden.

Einmalige Investitionen kein Problem
Dass die «Schwarzen» deshalb in der Vergangenheit allzu gerne als Sparfische verschrien wurden, entspricht dabei nicht der Wahrheit. Denn wirft man den Blick auf einmalige Investitionen des Landes, dann hat die FBP in den letzten Jahren eine grosse Reihe von Projekten grossmehrerlich unterstützt oder war fe-



«Analog den Sparpaketen sollten wir uns auch bei künftigen Ausgaben zuerst einen Überblick verschaffen.»

ELFRIED HASLER
FBP-ABGEORDNETER

derführend an ihnen beteiligt. Darunter das neue Pflegeheim in Mauren, ein Rettungstützpunkt für das Rote Kreuz, der landesweite Glasfaserausbau, die Digitalisierung der

Verwaltung, der Ausbau von Schulen im Ober- und Unterland, die Umsetzung des Dienstleistungszentrums in Vaduz oder kürzlich der Umzug der Landesbibliothek, die ein Kulturleuchtturm im Städtle werden soll. In der Summe kommen mehrere 100 Millionen Franken zusammen. «Solche einmaligen Investitionen können wir uns leisten, auch weil unsere Reserven auf Rekordniveau liegen», wie der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler ausführte. Nun sei es aber auch an der Zeit, mögliche Massnahmen auf der wiederkehrenden Einnahmen- und Ausgabenseite ins Auge zu fassen. «Obschon man sich immer bewusst sein muss, dass die heutigen, schönen Überschüsse in Zeiten eines brummanden Wirtschaftsmotors und Börsenhochzeiten zustande gekommen sind», mahnte Elfried Hasler.

Mission erfolgreich – auch in Zukunft

Schnellschüsse kommen für die FBP dabei überhaupt nicht infrage – aus gutem Grund. «Unter der Regierung Adrian Hasler hat die Koalition von FBP und VU in den vergangenen Jahren grosse Anstrengungen unternommen, um den Staatshaushalt zu sanieren», führte FBP-Präsident Marcus Vogt aus. «Der Landtag hat diese Herausforderung angenommen. Heute können wir feststellen, dass die Mission erfolgreich war.» Dies wecke aber auch wieder Begehrlichkeiten. «Wir stellen fest, dass in dieser Sache von allen Couleur Forderungen aufgestellt werden und das Geldausgeben als politisches Instrument wieder an Attraktivität zu gewinnen scheint», so Marcus Vogt. «Unserer Meinung nach geht es dabei zu offensichtlich um die Gewinnung der Wählergunst. Parteiinteresse und Wahlerfolg dürfen bei der Ausgabenpolitik aber nicht im Vordergrund stehen – davon sind wir überzeugt.» Die Bürgerpartei möchte deshalb einen anderen Weg gehen, wie der Parteipräsident auf den Punkt brachte – ganz nach ihrem Selbstverständnis,

das da lautet: «Wir fühlen uns einer verantwortungsvollen Sachpolitik verpflichtet, auch mit Blick auf die Staatsfinanzen, was langfristig allen Einwohnern zugute kommen wird.» Darum will die FBP am Montag ein



«Verantwortung ist auch ein politisches Instrument – nicht nur die Giesskanne.»

MARCUS VOGT
FBP-PRÄSIDENT

Postulat einbringen, das analog den Sparpaketen auch beim Geldausgeben einen koordinierten und nachhaltigen Weg vorschlägt. Verantwortung sei nämlich auch ein politisches Instrument – nicht nur die Giesskanne, wie Marcus Vogt zusammenfasste. «Zuerst soll die Regierung quantifizieren, wie hoch der Spielraum bei den staatlichen Fi-

nanzen tatsächlich ist», erklärte der Abgeordnete Elfried Hasler den Vorstoss. Das sei nämlich nicht so wirklich klar. Es dürfte kaum sinnvoll sein, den ganzen Überschuss des betrieblichen Ergebnisses in Höhe von 61 Millionen Franken dafür zu verwenden. «Wir wollen hier erst eine saubere Analyse», betonte Hasler. Das sei bei der Sanierung des Staatshaushalts nicht anders gewesen: Auch damals hätte man sich fragen müssen, wie gross das Finanzloch tatsächlich gewesen war. «Darauf aufbauend soll die Regierung analog den Sparpaketen den Fächer öffnen und mögliche Massnahmen quantifiziert aufzeigen», beschrieb der FBP-Abgeordnete das Postulat weiter. «Sodass sich danach die Politik und der Landtag einen Gesamtüberblick machen können, wo entsprechende Prioritäten gesetzt werden.» Andersrum sei die Gefahr gross, dass die Politik unkoordinierte Überlegungen oder situatives Handeln in den Vordergrund stellt – und die so wichtigen, langfristigen Überlegungen in den Hintergrund zurückfallen. Das schaffe letztendlich mehr Probleme, als gelöst würden.

Die Wunschliste ist sehr lang

«An Ideen zum Geldverteilen mangelt es den Politikern nämlich wirklich nicht», ergänzte Elfried Hasler. «Wir sehen heute schon, dass eine lange Wunschliste in der Pipeline

wartet, die den Staatshaushalt regelmässig belasten würden.» Darunter etwa die Wiedereinführung von Gratis-Busabos, höhere Steuerabzüge für Familien, Mehrausgaben für die Bildung, Anpassungen der Prämienverbilligung, die Erhöhung des OKP-Landesbeitrags oder derjenige der AHV sowie ein mögliches Demografieprozent – schlussendlich wartet auch noch die Einführung einer Pflegeversicherung auf eine Entscheidung. «Die Liste wird sicherlich noch um einiges länger», blickte Elfried Hasler noch vorn. «Denn je näher der Wahlkampf rückt, desto kreativer werden Politiker beim Ausgeben der Landesfinanzen. Die Möglichkeiten des Geldverteils scheinen schier unendlich. Wir aber wissen: Die zur Verfügung stehenden Mittel sind endlich, leider.»

OKP-Beitragserhöhung: Nein danke!

Der FBP-Fraktionssprecher wies zum Schluss nochmals darauf hin, dass nun die Zeit gekommen sei, den Bürger am Erfolg des Landes teilhaben zu lassen. «Uns war ein nachhaltiges Handeln immer sehr wichtig», so Daniel Oehry. «Deshalb haben wir uns bislang auch immer dagegen gewehrt, mit welcher Art und Weise



«Die Zeit ist gekommen, die Einwohner am Erfolg des Landes teilhaben zu lassen.»

DANIEL OEHRY
FBP-FRAKTIONSSPRECHER

man mit den ersten Gewinnen umgehen wollte.» Er sprach sich im Namen seiner Fraktion deshalb gegen eine Erhöhung des OKP-Beitrags aus, die kommende Woche im Landtag behandelt wird. Daniel Oehry: «Aus unserer Sicht der falsche Weg. Bei Anpassungen der Prämienverbilligung sehen wir es aber etwas anders. Die Effekte, die dort zutage treten werden, unterstützen wir.»